

1. Der Krieg und die soldatischen Subjekte

1.1. Vorbemerkungen

In der vorliegenden Untersuchung werden Soldaten als Subjekte betrachtet. Soldatisches Handeln, so die grundlegende These, ist nicht nur Ergebnis fremdbestimmter Anweisungen, also von Befehlen. Selbst dann, wenn Soldaten wie gehorsame Befehlsempfänger handeln, verkennt eine Perspektive, die in ihnen nur willfähige Objekte in den Händen ihrer Vorgesetzten sieht, einen kaum zu unterschätzenden Aspekt ihres Handelns als Subjekte.

Untersucht wird diese These anhand eines eingegrenzten und gleichzeitig zentralen Feldes soldatischen Handelns, dem Kriegseinsatz. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, wie die Soldaten im Gefecht eingesetzt werden bzw. sich einsetzen lassen. Das Gefecht ist, wie der Krieg insgesamt, ein variables Phänomen. Es hat auch in der Vergangenheit höchst unterschiedliche Formen angenommen. Unter einem Gefecht wird im Rahmen dieser Arbeit ein Geschehen verstanden in dessen Verlauf mindestens 2 Akteure gewaltsam aufeinander einwirken. Vor allem für den Zeitraum vor dem 20. Jahrhundert wird immer wieder auch von Schlachten und von Schlachtfeldern gesprochen werden. Damit sind gewalttätige Konfrontationen zwischen zwei Heeren gemeint, die sich auf einer bestimmten Fläche über einen bestimmten Zeitraum vollziehen. »Schlachten haben Anfang und Ende, und nach dem Ende der Schlacht ist das Feld kein Schlachtfeld mehr, sondern übernimmt erneut seine kurzfristig unterbrochene Funktion.« (Hüppauf 2003: 209) Das Wort Schlacht geht auf das althochdeutsche *slatha* zurück, dass wiederum das Erschlagen von Tieren und Menschen bezeichnete, so wie heute insbesondere bei der Tötung von Tieren vom »schlachten« gesprochen wird. In seiner heutigen Bedeutung, »Kampf zwischen Heeren«, wird es erst seit dem 16. Jahrhundert verwendet. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, genauer gesagt mit dem 1.

Weltkrieg, ging mit der zu beobachtenden Permanenz der Kämpfe zuerst die zeitliche Begrenzung des Kampfgeschehens und später auch die räumliche Begrenzung verloren. Eine Schlacht zerfiel in eine Vielzahl von Gefechten. Für die Abgrenzung einer Schlacht vom übrigen Kriegsgeschehen können militärische und politische Planungs- sowie Entscheidungskriterien herangezogen werden, die es erlauben, für einen bestimmten Zeitraum eine bestimmte Menge der Gefechte einer Schlacht zuzuordnen. Aus Sicht der soldatischen Subjekte wird aber eine solche Konstruktion meist, wenn überhaupt, erst im Nachhinein möglich sein. Aufgrund der Vielzahl der Gefechte, der Permanenz der Kampfhandlungen und der Schwierigkeit, das Geschehen auf einem bestimmten Zeitraum festzulegen, wird für das 20. Jahrhundert nur in Ausnahmefällen von einer Schlacht gesprochen. Eine Schlacht meint dann ein besonders intensives Kampfgeschehen innerhalb eines bestimmten Zeitraums, das von einem identifizierbaren militärischen Kalkül gekennzeichnet ist, beispielsweise dem Versuch, in die gegnerischen Stellungen einzudringen und in dem die Wahrscheinlichkeit für die Soldaten höher als sonst ist, verletzt oder getötet zu werden.

Als Soldaten werden in dieser Arbeit ausschließlich Angehörige militärischer Organisationen bezeichnet, die im Zuge des europäischen Staatenbildungsprozesses entstanden sind. Abgesehen vom Abschnitt 8.3.2. wird in dieser Arbeit die Bezeichnung Soldat oder Soldaten, also die männliche Form verwendet. Dies geschieht nicht nur der sprachlichen ›Einfachheit halber‹. Ebenso wenig ist dieser Sprachgebrauch allein dem historischen Umstand geschuldet, dass die Militärangehörigen, die für den Kampfeinsatz vorgesehen waren, fast immer biologisch männlich waren. Vielmehr ist Männlichkeit ein konstitutives Merkmal soldatischer Subjekte, selbst wenn sie biologisch weiblich sind.

1.2. Der Krieg ist ein soziales Phänomen

Der Krieg ist eine spezifische Form des sozialen Konflikts. Vom Krieg ist heute im Allgemeinen dann die Rede, wenn mindestens zwei Gruppen versuchen, den zwischen ihnen bestehenden Konflikt durch den Einsatz von Waffen zu entscheiden. Mit ihrer Bewaffnung verfolgen die Akteure das Ziel, ihre Aktionsmacht zu erhöhen, das heißt »die Macht, anderen in einer gegen sie gerichteten Aktion Schaden zuzufügen, – anderen ›etwas anzutun‹.« (Popitz 1992: 43) Jemandem ›etwas anzutun‹, ist das Ziel bewaffneter Aktionen im Krieg. Bei direkten Konfrontationen der Akteure, dem Gefecht, zielen die Handlungen letztlich immer auf den Körper des Anderen, auf seine Verletzbarkeit, und damit auf die Voraussetzung seiner Handlungsfähigkeit. Aber auch jenseits der unmittelbaren Konfrontation der Kontrahenten sollen kriegsrische Aktionen die Handlungsfähigkeit des Gegners untergraben, beispielsweise, indem sie seine Infrastruktur zerstö-

ren. Die im Krieg eingesetzte Waffengewalt zielt auf materielle Zerstörungen und physische Schädigungen. Von der Gewalt der Waffen gehen zwar auch psychische Effekte aus, die von den Kontrahenten geschätzt werden, wenn sie den Gegner zur Aufgabe seines Widerstandes bewegen, weshalb sie mitunter ins Kalkül operativer Überlegungen eingehen, aber die psychischen Effekte kriegerischer Gewalt stellen sich aufgrund von Verwüstungen, Verletzungen und Getöteten ein. Gewalt bezeichnet deshalb in dieser Untersuchung, neben den Bedeutungsgehalten der *potentia*, also als von den Waffen ausgehende Destruktionskraft, und *potestas*, im Sinne einer Amtsgewalt, vor allem eine auf die Physis ausgerichtete Gewalttätigkeit.

Menschen bewaffnen sich, um anderen leichter etwas wegnehmen, sie zu verletzen oder zu töten oder um all dies zumindest glaubhaft androhen zu können. Von der Reaktion des oder der Angegriffenen hängt der Verlauf des weiteren Geschehens ab. Ihre Reaktion entscheidet, ob eine bewaffnete Aktion das Ende des Konflikts, oder den Beginn einer länger währenden Auseinandersetzung, markiert. Entfällt jede Reaktion des Angegriffenen, beispielsweise weil dieser bereits mit der ersten Attacke überwältigt wird, findet zwischen den Konfliktparteien kein Kampf statt. Erst mit der Reaktion, der Verteidigung, entwickelt sich der Kampf, weil, wie schon Clausewitz wusste, »Abwehren und Kämpfen offenbar eins ist« (Clausewitz 1832: 644). Ein Krieg ist deshalb auch als eine Abfolge von aufeinander bezogenen gewalttätigen Handlungen zu bezeichnen, also von Handlungen, denen ein asymmetrisches Verhältnis zwischen Handlungsmacht und Erleiden eingeschrieben ist. Um einen Kampf handelt es sich dann, wenn der Angegriffene oder die Angegriffenen über Mittel und den Willen verfügen, sich bewusst zur Wehr zu setzen. Ob sie in der Lage sind, auf den Angriff symmetrisch zu reagieren und das Kräfteverhältnis zwischen Angreifer und Angegriffenen ausgewogen ist, spielt dabei zunächst keine Rolle. Allerdings gehört es zur Vorstellung des Kampfes, dass die Reaktionen der Verteidiger zumindest potenziell in der Lage sein müssen, die Handlungen der Angreifer zu konterkarieren. Die Reaktionen der Verteidiger müssen für die Angreifer eine Gefahr darstellen, die sie ihrerseits zur Abwehr motiviert. Andernfalls haben wir es nicht mit einem Kampf, sondern mit einer bloßen Misshandlung oder einer Vernichtungsaktion zu tun. Aus Raub und Mord kann, muss sich aber kein Krieg entwickeln.¹

Der Krieg ist ein soziales und von der Sozialität abhängiges Phänomen. Diese Aussage wird auch nicht durch die Feststellung abgeschwächt, dass er an einigen anthropologische Eigenschaften des menschlichen Individuums anknüpft. Ohne die Fähigkeit zu aggressivem Handeln, ohne die »Bereitschaft zur Gruppenverteidigung, sein Dominanzstreben, seine territoriale Neigung oder auch seine kollektiv gegenseitig induzierte Begeisterung« (Mentzos 1993: 38) gibt es keinen Krieg. Sicher ist aber auch,

1 Ausführlich zu einer Phänomenologie bewaffneter Konflikte: siehe Heins/Warburg 2004: 19f.

dass zahlreiche gesellschaftliche Faktoren darüber entscheiden, wer mit welchen Motiven wie Krieg führt. Sie entscheiden darüber, wie viele Personen am Kampf beteiligt sind, mit welchen Waffen sie kämpfen und welche Vorstellungen darüber existieren, wie ein Krieg zu führen ist.

1.2.1. Die Variabilität des Krieges

Bewaffnet ausgetragene Konflikte gehören nicht zu den Phänomenen, die nur einem bestimmten Gesellschaftstypus zugeordnet werden können. Einzelne Sozialwissenschaftler, wie etwa Eibl-Eibesfeldt, vertreten deshalb die Auffassung, dass der Krieg allenthalben in der Geschichte und in jeder Kultur zu finden sei, weil Menschengruppen überall um Land und Naturgüter konkurrierten. Der Krieg sei eine »spezifisch menschliche Form der Zwischengruppen-Aggression« (1997a: 223). Dort wo man den Krieg nicht beobachten kann – wie bei den Polar-Eskimos – sei hierfür die extrem dünne Besiedlung des Gebietes verantwortlich, ist dies also auf einen bloßen Mangel an Gelegenheit zurückzuführen (1997b: 459). Diese Auffassung wird wiederum von anderen Autoren bestritten, die darauf verweisen, dass es Gesellschaften gab, in denen sich auch um knappe Ressourcen kein Konkurrenzkampf entzündete (siehe Fromm 1977: 191f.). Differenzen gibt es auch über die Bewertung der von Eibl-Eibesfeldt diagnostizierten Zwischengruppen-Aggression. Anders als Eibl-Eibesfeldt, wertet Mentzos die Kriege der Vergangenheit wie der Gegenwart als Ergebnis einer seit Jahrtausenden unbefriedigend verlaufenden Sozialisation der Individuen. Für Mentzos ist deshalb zu jedem Zeitpunkt die Überwindung des Krieges denkbar. Im Rahmen Eibl-Eibesfeldts Annahmen sicherte dagegen die Institution des Krieges das Überleben von Gruppen und erfüllte damit zumindest in der Vergangenheit eine sinnvolle Funktion.

Unbestritten ist, dass der Krieg ein äußerst vielgestaltiges Phänomen ist. Vor allem interkulturelle Vergleiche zeigen, wie unterschiedlich bewaffnet ausgetragene Konflikte von den jeweiligen Gesellschaften ausgestaltet werden. Diese Unterschiede lassen sich nur zum Teil auf andersartige Waffen zurückführen, da das Phänomen des Krieges auch zwischen den Kulturen variiert, die über ähnliche Waffen verfügen. Sowohl die Motive mit denen die Akteure in den Krieg ziehen, wie sie sich gegenseitig bekämpfen, als auch wie sie die Kampfhandlungen beendeten, weisen auf die jeweils gültige spezifische Kultur des Krieges hin.² Dieses große Spektrum der Variationen dessen, was als Krieg bezeichnet wird, hat entscheidend zu einer kaum überschaubaren Zahl von Definitionen des Krieges beigetragen.

Auch wenn man ausschließlich die Geschichte des Krieges in Europa betrachtet, kann man feststellen, dass zahlreiche gewalttätig ausgetragene

2 Siehe hierzu Keegans Ausführungen zur Kriegführung der Yanomani und anderer Ethien (1995: 149f.).

Konflikte nur für bestimmte Epochen als zum Kriegsgeschehen gehörig aufgefasst werden. So spricht Münkler mit Bezug auf das antike Griechenland davon, dass der Krieg der Normalzustand gewesen sei. »Sippen und Gefolgschaften lagen in ständigem Streit, Rinder- und Frauenraub waren an der Tagesordnung.« (1992: 22) Was damals ein Krieg war, wurde mit der Ausbildung der Staatlichkeit von Gesellschaften und des neuzeitlichen staatlichen Anspruchs, die innergesellschaftlichen Verhältnisse zu pazifizieren, zum kriminellen Bandengeschehen.

Bis vor wenigen Jahren war in den Politikwissenschaften das Phänomen des Krieges ein Synonym für bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Diese Auffassung orientierte sich am europäischen Prozess neuzeitlicher Staatenbildung, beanspruchte aber mit der global durchgesetzten politischen Rahmung und zumindest formal gleichzeitigen Konstituierung aller Sozialitäten als Staaten umfassende Gültigkeit. Wenn es sich auch nicht bei jeder Kampfhandlung zwischen den Staaten gleich um einen Krieg handeln muss, – abhängig von der Intensität der Kampfhandlungen kann auch ein lokaler Grenzkonflikt vorliegen – war immer dann von einem Krieg zu sprechen, wenn ein Staat sein Exekutivorgan des staatlichen Gewaltmonopols, das Militär, umfassend mobilisierte. Ab einer gewissen Intensität der Kampfhandlungen, die zumeist anhand der Zahl getöteter Soldaten gemessen wurde, galt diese Definition des Krieges bis vor einigen Jahren als weitgehend unumstritten. Darüber blieb lange Zeit unbemerkt und unberücksichtigt, dass nach 1945 immer weniger zwischenstaatliche Kriege geführt wurden, obwohl es mit der Entkolonisierung ab den 50er Jahren so viele (oft nur formell) souveräne Staaten gab wie niemals zuvor. Selbst wenn man die Dekolonisierungskriege abzieht, muss man feststellen, dass die allermeisten bewaffneten Konflikte innerhalb und nicht zwischen den Staaten tobten.³ Den Krieg ausschließlich als ein intensives militärisches Kampfgeschehen zwischen Staaten aufzufassen, gilt spätestens seit dieser Feststellung als eine zu enge Definition des Phänomens. Stellte sich beim Staatenkrieg vor allem die Frage, welche Intensität und Kontinuität die Kampfhandlungen haben müssen, um das Geschehen als einen Krieg zu bezeichnen, stellt sich bei bewaffneten Konflikten innerhalb von Staaten zusätzlich die Frage, welche Akteure am Geschehen beteiligt sein müssen, damit man von einem Krieg sprechen kann.

Mit Blick auf verschiedene Kriegsdefinitionen kann man festhalten, dass der Krieg im Allgemeinen als höchste Steigerungsform bewaffneter Konfliktaustragung eingestuft wird. Um den Krieg von anderen Formen bewaffneter Auseinandersetzungen zu unterscheiden, wird als quantitatives Kriterium für die Intensität der Kampfhandlungen meist die Zahl der in

3 Seit Anfang der 80er Jahre hat in der Bundesrepublik vor allem die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) darauf aufmerksam gemacht. Zahlen zum Kriegsgeschehen seit 1945 siehe Schreiber (2004: 14f.).

ihrem Verlauf Getöteten herangezogen. Um die Tatsache zu berücksichtigen, dass in den meisten Kriegen nicht nur Staaten und ihre Armeen gegeneinander kämpfen, sondern auch substaatliche Akteure, werden vor allem für bewaffnete Konflikte, die innerhalb eines staatlichen Territorium stattfinden, auch heute die Zahl der getöteten Zivilisten berücksichtigt. In den meisten Statistiken zum Kriegsgeschehen werden deshalb heute alle bewaffnete Auseinandersetzungen als ein Krieg berücksichtigt, wenn im Jahr mehr als 1.000 Menschen ihr Leben unmittelbar aufgrund der Kämpfe verlieren, gleichgültig ob sie als Zivilist oder Soldat gelten.⁴

Die Intensität der Kampfhandlungen hängt auf das engste von der organisatorischen Fähigkeit der Akteure ab, ihre Ziele kontinuierlich zu verfolgen. Viele Kriegsdefinitionen setzen daher ein Mindestmaß an organisatorischen Ressourcen voraus, über das die Akteure verfügen müssen, um bewaffnete Operationen gegen den Gegner zu planen und durchzuführen. Die Kontrahenten müssen in der Lage sein, den Kampf mit einer gewissen Kontinuität zu betreiben und die eigenen Streitkräfte zu lenken. Dieses Kriterium muss von mindestens zwei der Konfliktparteien erfüllt sein, damit die Kämpfe mehr als die Summe zufälliger Zusammenstöße bilden. Viele Forscher wie die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) sprechen ferner nur dann von Krieg, wenn mindestens einer der Kontrahenten ein *Staat* ist, der sich mit regulären Streitkräften an der Auseinandersetzung beteiligt. Sofern die bewaffneten Konflikte diese Kriterien nur ungenügend erfüllen, weil es zwischen den Konfliktparteien nur sporadisch, eher zufällig und nicht aufgrund strategischer Planung zu Zusammenstößen kommt, werden die Geschehnisse der jeweils niedrigeren Stufe gewalttätiger Konfliktaustragung zugeordnet. Beispielsweise gehen dann das AKUF von »bewaffneten Konflikten« und das Heidelberger Konfliktbarometer von einer »Ernststen Krise« aus.⁵

Kriege, die zwischen Staaten und die innerhalb desselben geführt werden, unterscheiden sich aber nicht nur im Bezug auf die Akteure, sie nehmen meist auch eine ganz andere Gestalt an. Im Krieg zwischen Staaten treten vorwiegend deren Streitkräfte gegeneinander an. Das Militär ist ein Produkt des europäischen Staatenbildungsprozesses, der sich als mas-

4 Um im Falle eines Staatenkrieges, weiterhin Grenzscharmützel von einem Krieg unterscheiden zu können, plädiert aber zum Beispiel Chojnacki dafür, dass es sich bei den 1.000 Getöteten um Soldaten handeln muss (siehe Chojnacki 2007: 493).

5 Wie folgenreich die jeweils gewählte Typologie ist, zeigt ein Vergleich zwischen der AKUF und dem Heidelberger Konfliktbarometer. Die AKUF, deren Kriegsdefinition voraussetzt, dass mindestens auf einer Seite reguläre, d.h. staatliche Truppen, eingesetzt werden, zählte im Jahr 2006 28 Kriege. Das Heidelberger Institut, das sich mehr an der Intensität und Kontinuität der Kampfhandlungen orientiert, zählt dagegen für den gleichen Zeitraum nur 6 Kriege, beobachtete aber zusätzlich 29 »ernste Krisen« (siehe <http://tinyurl.com/23s2yt> und <http://tinyurl.com/2wcyuk>; Zugriffe: 4.10.07).

siver militärischer Konkurrenzkampf vollzog. Da Staaten territorial gebundene wie begrenzte Machtgefüge sind, kämpfen im Krieg zwischen Staaten die gegnerischen Truppen um die Kontrolle von Territorien. Die Struktur, die Organisation sowie die Bewaffnung der Truppen ist deshalb auf Gefechte mit Gegnern ausgerichtet, die ebenso wie sie versuchen, innerhalb eines umkämpften Raumes die Herrschaft zu erringen. Das Militär ist auf anhaltende, intensive Kämpfe ausgerichtet. Hier, im ›großen Krieg‹, entfaltet es seine ganze Stärke. Der Preis für diese Spezialisierung zeigt sich jenseits der großen Gefechte.

Oppositionelle wie separatistische Bewegungen innerhalb eines Staates haben selten eine Chance, im Gefecht mit staatlichen Truppen zu bestehen. Mit dem 20. Jahrhundert hat sich deshalb die Kampfweise des Kleinkrieges gerade bei innerstaatlich ausgetragenen bewaffneten Konflikten etabliert, mit denen die unterschiedlichsten Bewegungen, die den Herrschaftsanspruch eines Regimes oder eines Staates ablehnen, versuchen, die Überlegenheit des Militärs zu unterlaufen. Sie vermeiden das dauerhafte und intensive Gefecht mit dem Militär und versuchen es nur dann zu attackieren, wenn sie glauben, aus einer Position der Stärke heraus zu handeln.

Die Bezeichnung ›kleiner Krieg‹, ›Kleinkrieg‹ oder auch Guerilla ist irreführend, wenn man hiermit weniger Gewalttätigkeit als im ›großen Krieg‹ assoziiert.⁶ Tatsächlich steht sie für ein Kriegsgeschehen, das keine Frontlinien kennt, keine klare Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten und damit der Gefahr Vorschub leistet, die Gewalttätigkeit zu entgrenzen. Im Zentrum dieses Kriegsgeschehens stehen keine großen Gefechte, also Kämpfe, in denen sich große Truppenverbände gegenüberstehen und beispielsweise versuchen, die gegnerische Linien zu durchbrechen, sondern das Scharmützel, der Überfall und das Attentat. Mit ihnen lässt sich zwar keine reguläre Armee besiegen, aber durch diese Art andauernder Nadelstiche kann sehr wohl der gegnerische Wille den Kampf fortzusetzen, gebrochen werden. Der Kleinkrieg soll den Gegner schwächen, nicht ihn militärisch besiegen. Wer die Regeln der Kleinkriegstaktik anwendet, versucht sogar eine militärische Entscheidung solange hinauszuschieben, bis er davon überzeugt ist, dass der Gegner seine Überlegenheit verloren hat. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Kleinkriegführung auf Zeit, versucht, unberechenbar zu bleiben und zwingt das Militär, alle denkbaren Angriffspunkte zu verteidigen.

Einer entgrenzten Gewalttätigkeit leisten die Guerilleros Vorschub, weil sie sich weigern, eindeutig und jederzeit für den Gegner als Kombattant kenntlich zu sein. Sie verstoßen damit gegen grundlegende Regularien des Kriegs- und Völkerrechts, die kodifiziert wurden, um das Kriegsge-

6 Der Kleinkrieg, von dem hier gesprochen wird, ist, trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten, nicht identisch mit dem Kleinkrieg des 18. Jahrhunderts (siehe Abschnitt 6.2.).

schehen einzuhegen. Während für sie der feindliche Soldat in Uniform leicht zu erkennen ist und »das eigentliche Schussziel« (Schmitt 1963: 21) bildet, können die regulären Soldaten umgekehrt die Guerilleros nur schwer von Zivilisten unterscheiden, zumal sie ihre Waffen nach Möglichkeit verdeckt mit sich führen. Dabei ist nicht das Problem, dass sie versuchen, sich vor den Augen des Gegners zu verbergen – das tun auch Soldaten –, sondern dass sie versuchen zu verbergen, dass sie überhaupt Kombattanten sind. Die irreguläre Kampfweise liefert den attackierten regulären Truppen häufig den Vorwand, als Antwort, ihrerseits mit einer Entgrenzung und Entnormierung des Kampfverhaltens zu reagieren.

Gilt bereits für den zwischenstaatlichen Krieg, in dem sich reguläre Truppen gegenüberstehen, dass er wie ein unbefahrenes Meer voller Klippen ist, in dem plötzlich »das scheinbar Leichte schwer« werden kann (Clausewitz 1832: 263f.), so erfährt diese Unvorhersehbarkeit durch die bewusst praktizierte Regellosigkeit einer unkonventionellen Kampfweise eine weitere Steigerung und verstärkt die Tendenz zur Verselbstständigung des Kriegsgeschehens, in dem sich die Nebenfolgen der jeweils eigenen Handlungen nur schwer berechnen und höchst unvollständig kontrollieren lassen. Nebenfolgen, also Handlungsfolgen, die in den ursprünglichen Intentionen der Akteure nicht vorgesehen waren, sind höchst wahrscheinlich und erschweren den instrumentellen Einsatz des Krieges erheblich. Das Ergebnis sind langanhaltende Kriege, in deren Verlauf es immer wieder zu Gewaltexzessen gegenüber Nicht-Kombattanten kommt.

Die meisten Kriege nach 1945 tob(t)en, wie oben festgestellt wurde, innerhalb von Staaten. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der zwischenstaatliche gegenüber dem innerstaatlichen Krieg sogar zur Ausnahmeerscheinung geworden. Diese Fakten haben in den 90er Jahren einige Sozialwissenschaftler dazu motiviert, angeregt insbesondere von den Überlegungen Kaldors und van Crevelds (1998), die Frage zu stellen, ob der zwischenstaatliche Krieg nicht als Phänomen der Vergangenheit zu werten sei. Tatsächlich müssen zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur wenige Staaten fürchten, dass sie von einem oder mehreren Staaten mit einem Krieg überzogen werden. Allerdings ist deshalb der zwischenstaatliche Krieg noch lange nicht aus der Welt. Er wird nicht zum historischen Auslaufmodell, wie Münkler meint (2002: 240), weil er vor allem als Verkehrsform zwischen den europäischen Staaten, den USA und anderen Industriestaaten zurzeit undenkbar geworden ist. Zwischen zahlreichen Staaten in Asien und Afrika bestehen Konflikte, die sich zu Kriegen entwickeln können. Beispielhaft sei hier auf den Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien sowie auf die gespannte Situation zwischen der Volksrepublik China und Taiwan hingewiesen. Derzeit ist es zwar unwahrscheinlich, dass sich die westlichen Atommächte und Russland gegenseitig einen Krieg androhen, aber eine solche Aussage lässt sich für die Atommächte Indien und Pakistan nicht mit der gleichen wünschenswerten Sicherheit formulieren. Und

die USA wiederum schließen einen militärischen Konfliktes mit China nicht aus, wenn es zwischen China und Taiwan zu Kampfhandlungen kommen sollte. Dass militärische Macht weiterhin eine gültige und hochaktuelle Währung in den internationalen Beziehungen zwischen Staaten ist, zeigen nicht zuletzt auch die Kriege gegen Afghanistan (2002), den Irak (2003) und die wiederholten US-amerikanischen Drohungen gegenüber dem Iran. Die Kriege gegen Afghanistan und dem Irak zeigen auch an, dass der mit dem Ende des Kalten Krieges verbundene Bedeutungsverlust komplexer Waffensysteme, von dem van Creveld ausgeht, zu relativieren ist. Ein entscheidender Grund für die Überlegenheit der alliierten Truppen gegenüber ihren Kontrahenten beruht auf der unbestrittenen Luftherrschaft, die wiederum auf den Einsatz komplexer Aufklärungs-, Informationsverarbeitungs- und Raketensysteme zurückzuführen ist. Allerdings zeigen diese Kriege auch, dass nach der Zerschlagung des jeweils herrschenden Regimes und der Eroberung des Territoriums das Land nicht zum Frieden finden muss und es nicht ausreicht, über High-Tech-Waffen zu verfügen, wenn es gilt, Aufständische, Anhänger des geschlagenen Regimes etc. zu bekämpfen. Und sicher fällt es Truppen schwer, die auf einen regulär kämpfenden Gegner hin ausgerichtet sind, adäquate Taktiken zu entwickeln, um einen Gegner zu besiegen, der in einem unübersichtlichen, unzugänglichen Gelände – das kann sowohl ein urban bebautes Gebiet sein wie ein Dschungel – zumindest Elemente der Guerillakampfweise anwendet.⁷

Neben den innergesellschaftlichen Kriegen, in denen eine reguläre Armee gegen eine oder mehrere Guerilla-Bewegungen kämpft, fanden in den 90er Jahren auch einige Kriege statt, die für einen neuen Typus des Krieges stehen könnten. Im Verlauf dieser Kriege wurden nicht nur viele Menschen getötet, verletzt und vertrieben und wurde im Kriegsgebiet die zivile Infrastruktur nachhaltig zerstört, obendrein bildeten sich ökonomische Strukturen aus, die es ermöglichten, dass sich die Kontrahenten anhaltend im Kriegszustand befinden konnten. Selbst wenn diese Kriege formell zwischen Widerstands- und Regierungstruppen ausgefochten werden, unterscheiden sich die verfeindeten Akteure faktisch hinsichtlich ihrer Struktur, Bewaffnung oder Ideologie kaum voneinander.⁸ Von einer

7 Dass der Einsatz des Militärs, auch wenn er polizeilichen Charakter haben sollte, in vielen Fällen erst dann greift, wenn flankierende politische und ökonomische Maßnahme getroffen werden, die auf die Gründe für die bewaffneten Aktivitäten eingehen, sei hier am Rande vermerkt.

8 Mitunter wird für diese Kriege der unscharfe Begriff des »low-intensity conflict« verwendet. Unscharf ist er, weil er beansprucht das Spektrum von kriminellen Bandenaktivitäten, separatistischen Aufständen bis hin zum Terrorismus zu erfassen (vgl. van Creveld 1998: 288). In seiner heutigen Form geht er auf Strategiedebatten in den USA zurück, die sich um die Frage drehten, wie die US-Streitkräfte angemessen mit unterschiedlichen Kriegsszenarios umgehen sollen. Die Kategorisierung der Kriegs- bzw. Konfliktarten in low,

asymmetrischen Konstellation, in der eine übermächtige reguläre Armee in einen Kleinkrieg verwickelt wird, kann hier keine Rede sein, solange nicht fremde Mächte, etwa UN-mandatierte Interventionstruppen, von außen eingreifen. In Somalia, Liberia, Sierra Leone und DR Kongo kam bzw. kommt es immer zu Gefechten, in denen sich alle Akteure hauptsächlich mit leichten Waffen gegenüberreten (automatische Gewehre, Panzerfäuste, Hieb- und Stichwaffen sowie Minen). Im Unterschied zu Großwaffen wie Flugzeuge und Panzer werden für den Einsatz solcher Waffen keine komplexen bürokratischen Strukturen, kein anspruchsvolles technisches Wissen und kein umfangreich ausgebildetes Personal benötigt. Dadurch wird eine Entdisziplinierung und Entprofessionalisierung der Waffenträger begünstigt, die sich gegen geringe Transferleistungen anwerben lassen. Münkler weist darauf hin, dass zum ersten Mal seit der Verstaatlichung des Krieges mit diesen Waffen und diesen Rekrutierungsmöglichkeiten die Vorbereitung und Führung von Kriegen wieder billiger und nicht wie zuvor immer teurer geworden ist (Münkler 2002: 131f.). Auffallend an der Kriegführung der Kontrahenten ist ihr geringes Interesse, sich die Sympathie der von ihnen beherrschten Zivilisten und erst recht die eines weit entfernten Medienpublikums zu sichern. Stattdessen konzentriert sich ihr Interesse auf gewaltsame Extraktionen, also auf Raub, auf die Aneignung aller verfügbaren Ressourcen, die soweit möglich auf dem Weltmarkt verkauft werden, um sich selber zu bereichern und das eigene Kriegswesen zu unterhalten.⁹ Bodenschätze werden ebenso wie die im Einflussgebiet lebende Bevölkerung als Beute der Bewaffneten aufgefasst, und Gewalt gegen Zivilisten und ausländische Hilfsorganisationen ist die soziale Verkehrsform, über die die Bewaffneten ihr Verhältnis zu ihrer sozialen Umwelt regeln. Dazu gehört auch, dass Zivilisten zur Arbeit für die Bewaffneten gezwungen und als beliebig ausbeutbares Rekrutierungsreservoir angesehen werden. An die Stelle von Kämpfen um die politische, sprich staatliche Macht, sind hier Kämpfe um Bodenschätze oder Anbaugelände von Drogen getreten. Eine Differenz zwischen kriegsgeprägter Gewalt und organisierter Kriminalität ist in diesen Kriegsgebieten kaum auszumachen (vgl. Münkler 2002: 11). Kein Wunder, dass die Kriegsparteien häufig von Personen geführt werden, die mehr Berufskriminellen als Politikern gleichen. Ob sie als politische Unternehmer gedeutet werden können, ihnen die Transformation vom warlord hin zum statesman gelingen wird, gilt zumindest als offen (vgl. Knöbl 2004: 191).

Mit Blick auf das Kriegsgeschehen der vergangenen Jahre ist Münklers Einschätzung (2002) fraglich, dass es sich bei diesen »Neuen Kriegen« um ein immer mehr um sich greifendes und nicht um ein auf bestimmte Re-

middle und high bezogen sich nicht auf die Zahl der Opfer in den Kriegen, sondern auf das Ausmaß militärischer Gewalt, das die US-Streitkräfte einsetzen müssen, um erfolgreich zu sein. Siehe hierzu auch Daase (1999: 136).

9 Einen Überblick zu Kriegsökonomien der 90er Jahre gibt Jean/Rufin.

gionen konzentriertes und besonders häufig in Afrika anzutreffendes Phänomen handelt.¹⁰ Umstritten ist auch, in welchem Umfang in den betroffenen Ländern von einem Staatszerfall gesprochen werden kann. So wendet Gantzel ein, dass nur das zerfallen kann, was vorher schon da war. In den meisten Fällen habe es in den betroffenen Kriegsgebieten noch gar keinen Staat gegeben, der sich als eine funktionsfähige Zentralgewalt etabliert hatte (vgl. Gantzel 2002: 10). Tatsache ist, dass in den betroffenen Regionen selbst die Akteure, die für sich beanspruchen, den Staat zu repräsentieren, sich wie ihre substaatlichen Gegner, kaum um mehr als die Abschöpfung von Ressourcen, wie Bodenschätze, kümmern, die zu einem guten Teil ins Ausland transportiert werden, die Versorgung eines kleinen Klientels sowie den Unterhalt der eigenen Truppen. Bislang ist nicht absehbar, ob am Ende der ›Neuen Kriege‹ sich Staaten formieren werden, die den politischen Gebilden ähneln, die im Verlauf der europäischen Geschichte entstanden.¹¹

1.2.2. Das Militär als soziale Macht

Dass das Phänomen Krieg an keine bestimmte soziale Form und auch nicht an eine bestimmte politische Verfassung eines Gemeinwesens geknüpft ist, zeigt an, dass die sich hier manifestierende militärische Macht eine eigenständige Quelle sozialer Macht darstellt. Militärische Macht kann sich auch dort entfalten, wo sie nicht oder nicht mehr im Dienst eines Staates steht. Die Gestalt des heutigen Militärs ist zwar nicht loszulösen vom politischen Gebilde des Staates, aber offenkundig auch heute nicht die einzige Organisationsform militärischer Macht.

Militärische Macht als eine gegenüber dem Staat eigenständige soziale Machtquelle einzustufen, knüpft an Michael Manns Überlegungen zur Geschichte der Macht an. Dieser geht davon aus, dass Menschen aufeinander angewiesen, also soziale Wesen sind. Dabei verstricken sie sich unvermeidlich in soziale Machtbeziehungen, die ihre Fähigkeit, Handlungsbedingungen zu verändern, um in die Verhältnisse der sie umgeben-

10 So wendet sich Chojanicki gegen die Vorstellung, dass der Staatenkrieg ein Auslaufmodell sei. Seine Untersuchungen zeigen, dass die Mehrzahl der Kriege weiterhin konventionell und staatszentriert geführt werden. Selbst dort wo das Gewaltmonopol zur Disposition stehe oder nie voll entwickelt worden sei, bleibe der Staatsapparat ein wichtiges Macht- und Steuerungsinstrument (Chojanicki 2007: 501; zur Kritik am Theorem der ›Neuen Kriege‹, siehe auch Kahl/Teusch 2004).

11 Es wäre beispielsweise anhand der Entwicklung in Angola zu untersuchen, ob nach dem Ende des 27 Jahre dauernden Krieges (2002) zwischen der Regierung und der Rebellenorganisation der Unita – die militärisch besiegt wurde – die Regierung Interesse am Aufbau eines Staates und ziviler Infrastrukturen zeigt oder sie sich weiterhin insbesondere die Einnahmen aus dem Rohstoffexporten privat aneignet und den Rest zum Unterhalt der Streitkräfte verwendet.

den Welt einzugreifen, prägen. Soziale Macht meint hier nicht nur »jene Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen« (Weber 1922: 28), also den distributiven Aspekt von Macht, sondern schließt auch den kollektiven Aspekt von Macht ein, die entsteht, wenn die Individuen miteinander kooperieren, um gemeinsam die Macht über Dritte oder die Natur auszuweiten. Gleichwohl, auch die Verfolgung kollektiver Ziele führt zu sozialen Organisationen, zur Arbeitsteilung, die »infolge der Momente von Überwachung und Koordination eine inhärente Tendenz zu distributiver Macht in sich« tragen (Mann 1990: 22). Soziale Macht ist folglich ein konstitutives Element menschlicher Interaktionen. Die aus den Interaktionen, aus den Zusammenschlüssen von Menschen resultierenden sozialräumlichen Machtgeflechte konstituieren nach Auffassung Manns keine sozialen Totalitäten, Gesamtheiten mit *einer* Grenze nach Außen und *einer* Struktur nach Innen, sondern vielfältige, sich überlagernde und überschneidende sozialräumliche Machtgeflechte mit jeweils unterschiedlichen Grenzen (vgl. Mann 1990: 14). Menschen leben deshalb grundsätzlich in Gesellschaften. Die Vorstellung, sie lebten in einer einheitlichen Gesellschaft mit einer fixierten Außengrenze ist erst mit den Nationalstaaten aufgekommen. Neben den ideologischen und ökonomischen Hauptquellen sozialer Macht differenziert Mann auch deshalb zwischen militärischen und politischen Machtgefechten, weil sich die militärische Macht historisch häufig unabhängig von politischen Zentren manifestiert hat, und es dem Staat, den er als die Organisationsform politischer Macht bestimmt, erst spät gelungen ist, die legitimierte physische Gewaltausübung zu monopolisieren.

Aber auch schon bevor das Militär zum Exekutivorgan des staatlichen Gewaltmonopols wurde, gab es militärische Organisationen, das heißt Organisationen konzentrierter Zwangsgewalt. »Sie mobilisieren Gewalt, jenes konzentrierteste und zugleich größte Instrument menschlicher Macht, dessen Wirksamkeit in Kriegszeiten am deutlichsten sichtbar wird.« (Mann 1990: 52) Diese Organisationen können mannigfaltige Formen annehmen. Anders als beim heutigen Militär, in dem die Fähigkeit zur Ausübung von Gewalt eingeübt, entwickelt und unter Befehl gestellt wird, können sie beispielsweise aus dem Zusammenschluss von Waffenträgern entstehen, die an unterschiedlichen Orten mit ihren Waffen trainiert haben und die sich lediglich für einen begrenzten Zeitraum zu einem Verband zusammenschließen.

Das heutige Militär weist im Hinblick auf seine Organisation und Struktur Merkmale der Moderne auf. Das gilt auch für seine Angehörigen, lässt sich doch die Entstehung der Sozialfigur des Soldaten als ein Prozess der Neuverknüpfung sozialer Funktionen und ihrer Ausdifferenzierung, den Schlüsselwörtern vieler Modernisierungstheorien, beschreiben. Die Bezeichnung Soldat meint hier nicht jeden beliebigen Waffenträger, sondern nur denjenigen, der dem Militär angehört. Soldaten unterscheiden sich

von anderen Trägern organisierter Gewaltausübung, etwa Rittern, durch ihre Beschränkung auf die Rolle, die ihnen innerhalb einer militärischen Organisation zugewiesen wird. Ein adeliger Ritter vereinigte dagegen noch weitere soziale Rollen auf sich, etwa die des Grundbesitzers. Die Sozialfigur des Soldaten hat sich aus der des Söldners heraus entwickelt, der wiederum einen der ältesten Lohnberufe ausübt(e). Die Entlohnung für geleistete Kriegsdienste ist ein signifikantes Unterscheidungskriterium gegenüber anderen Kämpfenden und wird deshalb nicht zufällig im Berufsnamen selbst betont.¹² Wie eng der Zusammenhang Militär und Soldat ist, lässt sich daran ablesen, dass die Adjektive soldatisch und militärisch häufig als Synonyme verwendet werden.

Da sich die im Verband kämpfenden Soldaten zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert gegenüber allen anderen bewaffneten Formationen in zunehmende Maße als überlegen erwiesen, entschlossen sich spätestens im Laufe des 19. Jahrhunderts die nicht kolonisierten außereuropäischen politischen Machtgebilde, militärische Organisationen nach europäischen Vorbild aufzubauen. Um Armeen nach europäischem Vorbild aufzustellen, importierten sie nicht nur die Waffen und versuchten möglichst, eine eigene Rüstungsindustrie zu entwickeln, sondern orientierten sich auch bei der Rekrutierung der Soldaten, deren Ausbildung, sowie der Gliederung der Verbände nach den Mustern, die ihnen aus Europa bekannt waren. Im 20. Jahrhundert hat sich dann das Militär als beherrschende, auf den Krieg hin optimierte Gewaltorganisation weltweit durchgesetzt, sei es als koloniale Hinterlassenschaft, sei es um eine Kolonisierung zu verhindern.¹³

Der Einsatz überlegener Feuerwaffen, die sich gerade im 19. Jahrhundert rasant weiterentwickelten, ist ein Grund für die damalige Überlegenheit des Militärs gegenüber anderen bewaffneten Organisationen. So war beispielsweise der Einsatz des Maschinengewehrs im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit verantwortlich für die Überlegenheit der Kolonialtruppen, die obendrein von den Innovationen in der Transport- und Kommunikationstechnologie profitierten. Der erfolgreiche Einsatz all dieser Technologien setzte mehr voraus als ihre bloße Verfügbarkeit, wie ein

12 Die Lohnzahlungen von Söldner und Soldaten werden als Sold bezeichnet. Der Begriff geht wiederum auf eine römische Goldmünze der Spätantike zurück, die als besonders stabil, *solide*, galt und mit denen die römischen Legionäre bezahlt wurden. Dass die Lohnarbeit in der Armee früher als in der übrigen Gesellschaft ausgebildet war, fiel bereits Marx auf (1858: 43).

13 Selbstverständlich gab es auch weiterhin stets andere bewaffnete Formationen. Die Guerilla ist aber als asymmetrische Antwort auf das Militär zu verstehen, die von einer irregulären zur konventionellen Kampfweise übergehen kann. Aus Guerilleros können also Soldaten werden. Den Kämpfern der Warlord-Verbände scheint diese Transformation schwerer zu fallen. Sie vermögen wohl auch gegenüber konventionellen militärischen Formationen nur eine geringe Kampfkraft zu entwickeln (siehe Heins/Warburg 2004: 32f.). Das bedeutet aber nicht, dass man sie als atavistische Phänomene einstufen kann (siehe Warburg 2001: 207).

Blick auf die Bemühungen der außereuropäischen Mächte im 19. und 20. Jahrhundert zeigt, die durch Waffenimporte ihre militärische Macht erhöhen wollten, um keine europäische Kolonie zu werden. Die aus der Technologie resultierende Überlegenheit ließ sich nur nutzen, wenn auch administrative Voraussetzungen geschaffen wurden, die den Aufbau eines ständig unter Waffen zu haltenden Verbandes ermöglichten. Es musste entschieden werden, wer als Soldat rekrutiert wurde, und die Waffenträger mussten den Umgang mit der Waffe und ihrer Verwendung im Verband üben. Es galt, Handlungsregeln für die Soldaten und ihre Vorgesetzten zu erlassen, und es galt, die Verbände nach taktisch-operativen Überlegungen zu strukturieren, die die Potentiale der Waffen zu nutzen verstanden. Als einzigen außereuropäischen Macht gelang es nur Japan, europäische Rüstungsgüter erst zu importieren, anschließend selber zu produzieren und die traditionelle militärische Machtorganisation derart erfolgreich zu transformieren, dass es um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert ein ernsthafter und sogar überlegener Konkurrent der europäischen Kolonialmächte wurde. Dies gilt vor allem in Bezug auf Russland.

1.3. Soldatische Subjektivität – zum Aufbau der Untersuchung

Mit dem Militär als soziale Macht sowie dem Krieg als Phänomen mit nachhaltigen Folgen für jede Sozialität setzte sich die bundesrepublikanische Soziologie nur wenig auseinander. Dabei hat es an Kritik an ihrem Umgang mit diesen Themen nicht gemangelt. Weshalb diese Kritik weitgehend folgenlos geblieben ist und weshalb es für die Soziologie trotzdem wichtig ist, sich den Themen Militär und Krieg anzunehmen, diese Fragen werden im nächsten Kapitel beleuchtet. Das Kapitel endet mit einem Plädoyer für eine Soziologie des Krieges.

Jede militärische Organisation setzt sich aus Individuen zusammen. Die militärische Macht einer solchen Organisation hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Ausmaß es ihr gelingt, die individuellen Fähigkeiten ihrer Angehörigen für die Zwecke der Organisation zu mobilisieren. Gerade im Hinblick auf einen Kriegseinsatz stellt sich die Frage, wie und welche Potentiale der Waffenträger zu einer Machtsteigerung der Organisation genutzt und welche ausgegrenzt werden. Anders gefragt, welchen Stellenwert und welche Bedeutung kommt der Subjektivität der unmittelbaren Gewaltakteure, also insbesondere der Soldaten, im modernen Kriegsgeschehen zu?

Soldaten, die die erteilten Befehle befolgen, werden eher wie Objekte mit förderlichen und hinderlichen Eigenschaften wahrgenommen. Sie als Subjekte zu betrachten, also als Individuen, die ihr Geschick eigensinnig und eigenmächtig beeinflussen können, steht im Kontrast zur vorherr-

schenden Betrachtungsweise von Soldaten. Zur Begründung der These, dass Soldaten als Subjekte aufgefasst werden können, wird in Kapitel 3 auf allgemeine philosophische und soziologische Theorien zurückgegriffen. Dabei wird der engere Gegenstandsbereich dieser Arbeit überschritten, denn diese Theorien äußern sich meist nicht oder allenfalls am Rande zum sozialen Phänomen des Krieges und zu Soldaten. Die Argumentation wird auch an einer weiteren Stelle, im Abschnitt 5.4. »Der maschinelle Körper und der Leib«, auf eine umfassende theoretische Grundlage gestellt.

Soldaten, aber auch die Angehörigen vorheriger Organisationen der Gewaltausübung, sind nicht in immer gleicher Weise Subjekte ihrer Geschichte. Im Laufe der Jahrhunderte veränderten sich die Anforderungen an die Kämpfenden und die Akteure bildeten neue Selbstdefinitionen aus, die ihr Handeln prägten und ihrerseits zu einem Wandel der Formen organisierter Gewaltausübung beitrugen. Zur Historizität der soldatischen Subjektivität gehört auch ihre Genese aus vorherigen Formen der organisierten Gewaltausübung, die in Kapitel 4 beleuchtet werden soll.

Das Handeln soldatischer Subjekte wird vor allem im Hinblick auf seine Beziehung zum Krieg, genauer zum Gefecht, betrachtet. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf die europäische Landkriegsführung und setzt sich bevorzugt mit dem Kampf von zu Fuß kämpfenden Soldaten auseinander. Für die Gefechte der Infanterie im Besonderen wie für das Kriegsgeschehen allgemein gilt das Diktum von Clausewitz: »Die Waffenentscheidung ist für alle großen und kleinen Operationen des Krieges, was die bare Zahlung für den Wechselhandel ist« (1832: 226). Auch wenn nicht alle militärischen Operationen im Krieg Kämpfe mit dem Gegner darstellen, ganz fehlen sie niemals. Wenn auch nicht der Ausgang jedes einzelnen Gefechts über Sieg oder Niederlage im Krieg entscheidet, so zeigt doch der Ausgang der Kämpfe in toto, ob die getroffenen Vorbereitungen auf den Krieg den gestellten Aufgaben für die militärische Organisation entsprachen. Anhand verschiedener historischer Konfigurationen, in denen unterschiedlich auf die Subjektivität der Soldaten zurückgegriffen wurde, um sie für den Kampf nutzbar zu machen, werden sowohl die Schwierigkeiten als auch die machtsteigernden Effekte dieses Zugriffs untersucht. Die Art, wie die individuelle Kampfkraft formiert und als Teil des Gesamtverbandes organisiert wurde, drückt – so die hier untersuchte These – jeweils ein spezifisches Verhältnis zur Subjektivität der Soldaten aus. Um die Tragweite dieses konzeptionellen Verhältnisses zur Subjektivität zu beleuchten, werden im 5. Kapitel die verschiedenen Bedeutungshorizonte der Metapher Maschine vor allem im Hinblick auf den Körper der Soldaten untersucht. Darüber hinaus wird der Gedankengang, dass der menschliche Körper wie eine Maschine funktioniere, dem das Denken als Refugium des Subjekts äußerlich ist, mit Überlegungen zur Leibgebundenheit des Subjekts kontrastiert, die sich vor allem auf die

Überlegungen Plessners zur exzentrischen Positionalität des Menschen beziehen.

Das Kapitel 6 ist der veränderten Stellung des soldatischen Subjekts in den Einsatzkonzeptionen gewidmet, die die Lineartaktik des 18. Jahrhunderts ablösen. Diese Veränderungen vollzogen sich nach der Französischen Revolution bei allen europäischen Landstreitkräften. Soldaten sollten in den neuen Führungskonzepten ausdrücklich mehr als nur Objekte in den Händen der Feld- und Kriegsherren sein. Sich als Subjekte in das Kriegsgeschehen einzubringen, wird seitdem von den Soldaten, wenn auch in unterschiedlichem Maß, verlangt. In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, dass seither die positive Einbeziehung der soldatischen Subjektivität ein Dreh- und Angelpunkt operativer Einsatzkonzepte ist. Befehlskonform sich entfaltende soldatische Subjektivität ist eine Innovationsressource der Kriegführung. Vor diesem Hintergrund wird in einem weiteren Schritt auf Einsatzkonzeptionen einzugehen sein, die die Subjektivität der Soldaten aktiv nutzen wollten und den Soldaten deshalb einen größeren Handlungsspielraum zubilligten. Trotz zahlreicher administrativer, politischer sowie sozialer Veränderungen, die diese Bemühungen begleiteten, damit die Soldaten bereit waren, sich auf dem Schlachtfeld zu engagieren, wird auch auf die Gründe einzugehen sein, die weiterhin dafür sprachen, dass die Entfaltung soldatischer Subjektivität stark reglementiert blieb.

Bildete bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Gefecht eine Ausnahmesituation innerhalb des Kriegsgeschehens, änderte sich dies im Zuge der Industrialisierung des Krieges entscheidend. Denn im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde nicht nur ständig die Wirkung und Leistungsfähigkeit der Distanzwaffen erhöht, das heißt sie entwickelten auf immer größer werdende Entfernungen ihre letale Wirkung und konnten in immer kürzer werdenden Zeitabständen abgefeuert werden, sondern durch verbesserte Kommunikations- und Transporttechnik wurde es prinzipiell möglich, die Truppen permanent mit industriell gefertigten Gütern zu versorgen. Nur der permanente Nachschub an Lebensmitteln, Munition und auch Personal ermöglichte die Ausbildung eines sozialen Raumes, in dem der Kampf auf Dauer gestellt ist, der Front bzw. dem Gefechtsfeld. Voll zum Tragen kamen diese Veränderungen in Europa erstmals im Zuge des 1. Weltkrieges. Welche Folgen die Industrialisierung und die Permanenz des Kampfgeschehens auf die soldatischen Subjekte hatten, wird im 7. Kapitel untersucht werden.

Im 8. Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Stellung soldatische Subjektivität gegenwärtig in avancierten Militärorganisationen einnimmt. Untersucht wird dabei die Bedeutung der Sozialwissenschaften bei der Formierung soldatischer Subjektivität. Auch wird auf die Folgen der Technisierung des Kriegsgeschehens eingegangen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Feststellung, dass die Entwicklung der Kriegstechnologie

danach strebt, Kompetenzen, die bislang unverzichtbar mit dem Individuum verbunden waren, durch Artifizielle zu ersetzen, die als vollständig beherrschbar und deren Potential als unendlich leistungsfähiger gedacht wird. Neben den Folgen gegenwärtiger (Um-)Rüstungsvorhaben auf die Militärorganisationen wird in den abschließenden Abschnitten dieser Arbeit gefragt, wie sich die so genannte Transformation der Streitkräfte und die gegenwärtig diskutierten Auslandseinsätze möglicherweise auf die soldatischen Subjekte auswirken.